

Der Gefellchaster

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

1920
Nr. 138
Donnerstag den 17. Juni 1920

94. Jahrgang
Jahrgang
Verleger: ...
Redaktion: ...

Ripper und Wipper.

Allmählich sieht auch der Blindste, daß der unaufhörliche Druck von Papiergeldscheinen die Nation und den Einzelnen verarmen läßt, soweit er nicht zu der Kunst der Schieber überdelt. Der Rot und das Glend, in die wir von Tag zu Tag tiefer hinabgleiten, übersteigt alles, was irgend eine Generation unserer Vorfahren erlebt hat — weil die Geldverschlechterung, die wir heute treiben, weit ärger ist als alles, was kurzfristige oder gewissenlose Regierungen früherer Zeiten taten. Denn bis vor hundert Jahren handelte es sich stets um die Verschlechterung von Münzgold. Die aber kann nur bis zu einem bestimmten Punkte getrieben werden, weil auch der Ankaufslustigste alsdann erkennt, daß er statt einer Silbermünze nur noch verbleibtes Kupfer, statt der letzteren nur noch bloßes Blech erhält. Dem Papiergeld aber kann man den Grad seiner Verschlechterung überhaupt nicht ansehen. In seiner Beurteilung sind vielmehr Kenntnisse erforderlich, die in der Regel nur bei Finanzleuten u. Volkswirtschaftlern zu finden sind. Was es bedeutet, daß wir heute etwa 65 Millionen an Banknoten und Darlebensscheinen ausgegeben haben — eine Summe, die jeder Fortschrittler als Spottpunkt, und die bedeutend höher ist als alles Assignatengeld, das während der französischen Revolution gedruckt worden ist — bleibt doch nur wenigen Kennern bewußt.

Die Gefahren einer Finanzwirtschaft, die auf eine behändige Verringering des Geldwertes hinausläuft, sind unseren Vorfahren stets sehr lebhaft im Gedächtnis geblieben. Denn die schwachen wirtschaftlichen Kräfte früherer Jahrhunderte sind durch Münzverschlechterung herbeigeführt worden. Geschlechterlang hat sich die Erinnerung an die bösen Folgen erhalten, die sich aus dem Umlauf von Münzen mit verringertem Metallwert ergeben hat. Ein wahrer Schreckensbildnis ist deshalb im 17. Jahrhundert gegen die Ripper und Wipper. Von allen Schrecken des beginnenden Dreißigjährigen Krieges, so schreibt Gustav Freytag in seiner klassischen Schilderung jener Zeit, „erschien dem Volke keiner so unheimlich, wie eine plötzliche Entwertung des Geldes. Für die Phantasie des leidenden Geschlechtes wurde das Uebel um so ärger, weil es in die trübste Stimmung der Jahre scheinbar plötzlich einfiel, weil es überall die geschäftigsten Leidenschaften aufwühlte und Unfrieden in den Familien, daß und Empörung zwischen Gläubigern und Schuldnern, Jüngern, Armut, Bettelhaftigkeit und Entfremdung zurückließ. Es machte ehrliche Bürger zu Spielern, Trunkenbolden und Trödelhändlern, jagte Prediger und Schulmeister aus ihren Komoren, brachte wohlhabende Familien an den Bettelstab, führte alles Regiment in heillose Verwirrung und bedrohte in einem dicht bevölkerten Lande die Bewohner der Städte mit dem Hungertode.“ Die Masse des Volkes merkte zunächst nicht, wie sehr dem dritten Jahre der Kriegsunruhen die verschiedenartigen Münzen, mit denen es zu bezahlen pflegte, zu wertlos sich verhielten. Als es aber zur Erkenntnis seiner Lage kam, wurde es von einer Empörung und einer Angst ergriffen, die wie eine Welle über alle deutschen Länder löste. Unermessliche Kaufleute wußten sich gutgepaßtes Geld gegen das schlechte zu verschaffen, das nur im Auslande abzuhandeln. Durch ganz Deutschland zog sich dieser heimliche Geldhandel. Kleine Wechsel, meist wandernde Juden, zogen von Dorf zu Dorf. Je schlechter das Geld wurde, desto größer ihr Gewinn. Was der Soldat an Beute gewonnen, was der Dieb aus der Kirche gestohlen hatte, wurde von den Fehlgängern zu falschen Runden oder feigenartigen Massen verschmolzen, welche in der Kunstsprache „Blantschen“ und „Könige“ hießen; was dem Gelde durch Verschneiden abgelippt war und was sonst unter falschem Namen vorzüglich verkauft werden mußte, das wurde aus dem Schmelztiegel über nasse Brennteller geossen und so granuliert.

Das Verstehe aber war, daß die Münzherren selbst ihr Geld unbedenklich verschlechterten. Manche verarbeiteten ihr Münzrecht gegen eine Jahresrente, oder sie verkauften ihre Münzrechte an andere Fürsten, wenn nicht gar an Spekulanten. Infolgedessen wurden unregelmäßige Prägnationen erteilt, die sogenannten „Hedenmünzen“, in denen eine systematische Geldverschlechterung betrieben wurde. Selbst mit falschen Stempeln wurde gearbeitet, auf minderwertige Münzen das Bild des Landesherren nebst der Jahreszahl aus einer besseren Zeit geschlagen, sogar die Münzen fremder Stempel nachgeschlagen, und selbst den neuen Münzen — alles unter dem Schutze des Landesherren — durch Weintrauben oder Schwefel ein verführerisches Glanz gegeben. Das so präparierte Falschgeld wurde freilich mit aller Schamtheit in Umlauf gebracht. Aber auch das glückte. Und als nun vollends auch einige Reichsritzer — unter den ersten waren die Herzöge von Braunschweig — die verurteilten Hedenmeister übertrugen, indem sie statt Silbermünzen solche aus Silber und Kupfer, ja alsbald nur noch aus verbleibtem Kupfer verstellen ließen, griff diese Entbedung, wie man weiß ohne große Kosten machen können, gleich einer Pest um sich. Kaufleuten und Fürsten, Städte und geistliche Stühle weitestgehend in der neuen Kunst miteinander, und die Falschmünzer hatten eine goldene Zeit.

Das Volk sah die neuen Verhältnisse zum einen Teil mit Schrecken, zum anderen mit Freude. Gläubten doch viele,

num wirklich Geld machen zu können. Bald aber litt jedermann unter der Preissteigerung für Waren und Lebensmittel. Der wilde Zaumel, in den alle Kreise durch den scheinbaren Aufschwung verfeht worden waren, wich einer Ernüchterung, die schließlich zur Verzweiflung wurde. Hatte man doch, als das Geld in Strömen floß, in den Städten nur noch wenig gearbeitet und nur um sehr hohen Lohn, so daß der Vorrat der Verbrauchsgüter arg zusammenschmolz. Ja, man hatte unbedenklich Schulden gemacht, weil überall Geld zu günstigen Bedingungen angeboten wurde. Nun kam die Ernüchterung, als alle Waren und zumal die Preise der unentbehrlichsten Gegenstände sich furchbar verteuerten. Bald konnte man nur noch die Hälfte, schließlich nur noch den dritten Teil mit demselben Nennwert kaufen. Schwerlitten besonders diejenigen, die festes Gehalt empfingen; besonders die Pfarrgeistlichen und die Schullehrer. So arg wurde die Not der Lehrer und Studenten, daß viele ihren Beruf aufgeben mußten und irgendwo anders Unterschlupf suchten: als Soldaten, als Bettler, als Landstreicher. Mehr als ein Theologe jener Zeit hat uns in seiner Selbstbiographie erzählt, welche Not er zu dulden hatte. Der eine konnte sich als Student nur dadurch kümmerlich über Wasser halten, daß er in Jena alle Tage für 4 Pfennig Semmel erhielt, die er auf das Kerbholz seines Magisters schneiden durfte. Ein anderer erwarb durch fleißiges Stundengeben in der Woche ganze 18 Bogens, die er aber sämtlich für trodenes Brot ausgeben mußte.

Gustav Freytag hat uns mit meistechter Hand geschildert, wie das Glend immer weiter um sich griff und wie endlich die Städte und Fürsten selbst in Verwirrung gerieten, weil die Entwertung des Geldes sich nun auch bei den Steuerzahlungen und Abgaben bemerkbar machte, so daß sich die Regierungen durch neue Unbilligkeiten halfen, indem sie den Wert ihres eigenen Geldes herabsetzten, einen Zwangskurs dafür ansetzten und jeden mit Strafe bedrohten, der es im Verkehr geringer einschätzte. Trotzdem sank das minderwertige Geld unaufhörlich unter den behördlich verordneten Wert. An vielen Orten rottete sich das Volk zusammen u. führte die Wohnungen der Geldwechsler. Noch lange Jahre nachher, nach allen Schrecken des langen Krieges galt es für eine besondere Schande, wenn einer in der Ripperzeit zu Geld gekommen war. Überall entstanden Unordnungen, Tumulte; die Böden wollten nicht mehr halten, ihre Türen wurden zertrümmert; die Festscheer wollten zur vorsehenden Türe nicht mehr schlachten; Bergleute, Studenten, Soldaten tobten in wildem Aufzuge; die Stadtgemeinden verankerten in Schulden bis zum Bankrott, z. B. das wohlhabende Leipzig, wo man einige Blechstücke als Scheidemünzen ausgegeben hatte. Aller Handel und Verkehr löste auf, das alte Gellige der bürgerlichen Geschäfte trachte und bröckelte auseinander zu brechen.

Schließlich blieb nichts anderes übrig, als den Wert der Münzen herabzusetzen und sie schließlich einzuziehen, sowie zu den guten alten Reichsmünzen zurückzukehren. Es wurde wieder mit gediegenem Schrot und Korn geprägt, wie das Reichsgelb es verordnete. Um die maßlose Entwertung zu lindern, versuchte man es mit der Festsetzung von Höchstpreisen, was natürlich keinerlei Erfolg hatte. Dem Zaumel, dem Schrecken, der Not folgte eine trostlose Ernüchterung. Die Menschen sahen einander an, wie nach einer großen Pest. Wer sicher auf seinem Reichtum gefestigt hatte, war heruntergekommen. Mancher schlechte Abenteuerer ritt jetzt als vornehmer Herr in Samt und Seide. Im ganzen war das Volk viel ärmer geworden. Es war lange kein großer Krieg gewesen, und viele Millionen in Silber und Gold, die Kriparnisse der kleinen Leute, hatten sich in Dorf und Stadt vom Vater auf den Sohn vererbt; dieses Sparhäufchen war in der bösen Zeit zum ardhsten Teil verschwunden, es war verjubelt, für Land ausgegeben, zuletzt für Lebensmittel zugelegt. Aber nicht dies war das größte Uebel, ein größeres war, daß in dieser Zeit Bürger und Landmann gewaltsam aus dem Gellie ihrer redlichen Tagesarbeit herausgerissen wurden. Verdriss, abenteurerisches Wesen und ein ruchloser Egoismus griffen um sich.

Ist das nicht, als ob wir eine Schilderung unserer Zeit lesen? Wollen wir uns vor derselben argen Not bewahren, so ist es die höchste Zeit, daß wir das einzige Heilmittel anwenden, das fruchten kann: eine bedeutende Erhöhung der Arbeitsleistung. Noch vor Jahresfrist glaubten viele Menschen, der Druck neuen Papiergeldes könne die Not lindern, die sie damals schon deutlich spürten. Inzwischen hat sich diese Illusion in ihrer ganzen Nichtigkeit enthüllt. Nur werthschaffende Arbeit vermag uns zu erlösen.

Ein Vorschlag des Reichsbürgerrats.

Berlin, 16. Juni. Der Präsident des Reichsbürgerrates, Staatsminister A. v. Lohse, hat an den Reichspräsidenten zur Frage der Regierungsbildung ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er von der Tarife ausgeht, daß auf Grund der gegenwärtigen Parteigruppierungen eine tragfähige Mehrheit nicht gebildet werden kann. Der Gedanke sofortiger Neuwahlen sei zu verwerten, weil das Volk darin nur den Ausfluß einer Raslosigkeit der Reichsregierung sehen

würde. Der einzige Ausweg bestehe in der Bestellung von formalen theoretischen Aufschauungen und in der Bildung eines Kabinetts aus geeigneten Vertretern der Arbeiter, des Mittelstandes, des Beamtenums, von Handel, Industrie und Landwirtschaft. Aufgabe dieses Kabinetts müsse sein der Wiederaufbau des Vaterlandes, Behebung der finanziellen Nöte, Abtragung der uns aufgezwungenen Lasten, Bannung von Ruhe und Debauch, Schutz der Verfassung und Kampf gegen gewalttätige Umstürze. Eine solche Regierung werde den Schwerpunkt ihrer Aufgaben auf sozialem Gebiet suchen müssen, um den dringend erforderlichen Ausgleich der widerstreitenden Interessen herbeizuführen. Man sollte glauben, daß für ein solches Kabinett die Unterstützung aller Parteien, die das Vaterland über Sonderinteressen stellen, vorhanden sein müsse. Der Reichsbürgerrat würde mit seinen Verbänden geschlossen hinter den Reichspräsidenten treten, wenn er eine solche Regierung zu bilden verläßt.

Hochverräter im bayerischen Landtag.

München, 16. Juni. Unter den in den bayerischen Landtag gewählten Unabhängigen sind auch die wegen Hochverrats eine langjährige Festungshaft verbüßenden früheren Münchener Soldatenräte Sander und Hagenmeister, die in Würzburg die Ausrufung der Räterepublik angestrebt haben. Der Landtag kann nach § 39 Abs. 2 der bayerischen Verfassung die Haft eines Abgeordneten für die Dauer der Tagung aufheben, wird aber diese beiden Ausrührer und gefährlichen Gewaltigen der Würzburger Räterepublik, die mit ihrer Festungshaft viel zu lange davongekommen sind, wohl kaum zu sich einberufen wollen.

Verbot deutscher Zeitungen im besetzten Gebiet.

Böln, 15. Juni. Die „Rheinische Volkszeitung“ und die „Rheinische Zeitung“ sind von morgen ab auf einige Tage verboten, weil sie Artikel gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet veröffentlichten. Außer diesen beiden Zeitungen sind weitere fünf Zeitungen im besetzten Gebiet verboten worden.

Professor Weber gestorben.

Berlin, 15. Juni. Nach der „Vossischen Zeitung“ ist der Nationalökonom Professor Dr. Max Weber, der seit wenigen Monaten als Nachfolger Brentanos an der Münchener Universität tätig war, dort gestorben.

Abänderung des türkischen Friedensvertrags.

Paris, 16. Juni. Nach einer Londoner Meldung des Temps lautet seit einiger Zeit schon das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinstaten der Anarchie verfallen, der oberste Rat gewisse bedeutende Abänderungen der türkischen Friedensvertrags-Klauseln ins Auge faßen könne.

Kämpfe in Korea.

Tokio, 16. Juni. Aus Seoul wird gemeldet: 2000 koreanische Banditen haben die japanische Garnison am Lumen-Fluß an der chinesischen Grenze angegriffen. Sie wurden zurückgeschlagen. Die Japaner verloren 2 Mann. Die Koreaner ließen 42 Tote zurück. Bei der Verfolgung betreten die Japaner chinesisches Gebiet. Der kommandierende Offizier erklärte das für unvermeidlich.

Staatliche Zusammenstöße beim italien. Landarbeiterstreik.

Rom, 16. Juni. (Agenzia Stefani.) Giornale d'Italia verurteilt aus Cremona das Streik der katholischen Landorganisation zu Zusammenstößen zwischen den Landarbeitern und den Grundbesitzern geföhrt hat. Als die Karabinieri in Regnano die Familie eines Grundbesitzers befreien wollten, kam es zu einem Konflikt zwischen ihnen und den Streikenden, bei dem 8 Karabinieri verwundet und ein Manifestant erschossen wurden.

Das Kabinett Giolitti.

Rom, 16. Juni. Die Agenzia Stefani meldet, daß der König die Demission des Kabinetts angenommen und Giolitti mit der Neubildung beauftragt hat.

Verurteilte Attentäter.

Paris, 16. Juni. Nach einer Privatmeldung des Temps aus Konstantinopel sollen 4 Anhänger von Mustafa Kemal Pascha, die Urheber eines Komplottes gegen den Großvezir, auf dem freien Plage vor dem Kriegsministerium gehängt worden sein.

Barthou über Clemenceau.

Paris, 15. Juni. Der Abgeordnete Barthou schreibt im Temps mit Bezug auf die Angelegenheit von Mostaf, Clemenceau habe den Krieg auf seine Weise geführt, aber auch den Frieden auf seine Weise gemacht, wenn auch weniger glücklich. Er habe den Dual d'Orjan bei Seite gelassen, ja ihn sogar diskreditiert, denn am 21. Mai 1919 habe er Lloyd George gesagt, trotz des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten werde er die Frage von Mostaf regeln. Lloyd George habe Änderungen an dem ursprünglichen Abkommen verlangt, aber Clemenceau habe nicht verhandelt, sondern, getreu seinem Grundsatz, des immer seine auswärtige Politik geleitet habe, viel lieber nach dem Rhein gedrückt als nach dem Tigris. Das Unglück Clemenceaus sei gewesen, daß er Schmeichler um sich sehen wollte, durch seinen eigenen Ruhm trunken gemacht.

Keine deutschen Offiziere im russischen Heer.

Berlin, 15. Juni. Der offizielle polnische Heeresbericht vom 8. Juni erwähnt, daß aufgefangene bolschewistische Befehle und Meldungen zum Teil in deutscher Sprache abgefaßt seien. — Daraus ist das Gerücht entstanden und in der polnischen Presse verbreitet worden, daß die bolschewistische Armee von einer großen Zahl deutscher Offiziere geführt sei. — Es mag sein, daß einige frühere deutsche Kriegsanführer im Ausland aus Abenteuerlust oder auch aus Not weil ihnen bisher die Rückkehr in die Heimat verweigert war, in der Roten Armee Dienste genommen haben, so wie dies auch in den Armeen Dänemarks und Polens der Fall gewesen sein soll. Die Unterstellung, als seien deutsche Offiziere mit Wissen der Reichsregierung in die Rote Armee eingetreten, muß aber als eine durch nichts gerechtfertigte Erfindung auf das Bestimmteste zurückgewiesen werden.

Die Europareise Oberst Houze's.

London, 15. Juni. Reuters. Die Westminster Gazette meldet, daß Oberst Houze mit Zustimmung Wilsons und der amerikanischen Regierung nach Europa abreisen werde. Er werde England, Frankreich, Belgien, die Schweiz, Holland, Deutschland, Polen u. die Tschecho-Slowakei berühren. Diese Reise erfolge auf den dringenden Wunsch Englands und Frankreichs, die beunruhigt seien in der Hinsicht, daß den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ver. Staaten und den Alliierten sich beeinträchtlich mehrten.

Die Konferenz Lloyd George - Millerand.

London, 15. Juni. (Havas). Es bestätigt sich, daß die Begegnung, die demnächst zwischen Lloyd George und Millerand stattfinden soll, binnen einer Woche in Frankreich abgehalten wird. Am Schluß der Besprechung von Houze seien beide Minister übereingekommen, vor der Konferenz von Spa zusammenzutreffen. Beide kamen überein, daß die Begegnung am 21. Juni in Boulogne-sur-Mer stattfinden soll.

Ein sonderbares Urteil.

Wien, 15. Juni. Das Wiener Schwurgericht verhandelte heute gegen die beiden ungarischen Offiziere Eugen Bleich und Colomar Rik, die den Budapestener Kommunisten Bela Schöb gewaltsam über die ungarische Grenze brachten und an die ungarische Regierung auslieferten. Bela Schöb hat seinerzeit während der Räteregierung den Professor Benedek in Budapest am Donauufer niedergeschossen und war dann nach Oesterreich geflohen. Schöb wurde nach seiner Auslieferung in Ungarn getötet. Rik wurde zu drei Jahren schweren Kerkers, Bleich zu 3 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Die Lage in Albanien.

Amsterdam, 15. Juni. Einer Blättermeldung aus Rom zufolge ist die Lage in Albanien äußerst ernst, da die albanischen Aufständischen durch Serben verstärkt werden, deren Uniformen und Waffen amerikanischen Ursprungs sein sollen.

Die finnisch-schwedische Krise.

Berlin, 16. Juni. In der Auslandskrise scheint die „Politiken“ aus Stockholm meldet, eine ernste Wendung eingetreten zu sein. Die Ursache ist die letzte finnische Note, deren Inhalt gestern veröffentlicht wurde. Die schwedische Regierung beantwortet, diese Note nicht zu beantworten. Der schwedische Beamte in Helsinki ist sofort abberufen worden, wie es heißt, um Bericht zu erstatten. Der schwedische Reichstagsausschuß ist zusammengetreten.

Eine neue Anklage gegen Erzberger.

Berlin, 16. Juni. In einer Sitzung der deutschen Volkspartei, die am letzten Samstag in Saarbrücken abgehalten wurde, teilte der Parteivorstand mit, daß die während der Versailler Friedensverhandlungen von führenden Persönlichkeiten der saarländischen Partei an Wilson gerichtete Adresse, welche das Verbleiben des Saargebietes im deutschen Reichsverband aus geschichtlichen und wirtschaftlichen Gründen vorgeschlagen hatte, den Adressaten überhaupt nicht erreicht hat, weil Erzberger dazu keine Zeit gefunden hatte.

Der Triumph des Lebens.

Roman von Lola Stein.

56

(Nachdruck verboten.)

„Das gehört zum Metier“, sagte Helmut, ein wenig ärgerlich. „Wenn man mit Frauen zu tun hat, muß man mit ihnen ein bißchen schön tun, sonst sind sie nicht zu finden. Das kenne ich! Ich mache, wenn du es so nennen willst, schließlich der Dänen auch den Doi und Frau Karla ebenfalls, nicht nur der kleinen Krabbe, der Elfriede.“

„Aber von der und dir munkelt man!“

„Mein Gott, das Gdächchen läßt mir nach! Wie so viele Mädchen schon!“ sagte er lässig. „Sie hat mich nach einem Vortrag angesprochen, Irene weiß das auch, daher die ganze Bekanntschaft. Aber nun hat sie mir einen feinen Auftrag eingebracht, die Geschäfte hat sich wenigstens gelohnt. Abgesehen nimmt du mich ja förmlich ins Verhör heute abend, Räte, was fällt dir ein!“

„Ja, und Irene sitzt dabei, als ob die ganze Sache sie nichts angehe! Du, es ist dein Name, der da so herumflirtet.“

„Ich kann ihn doch nicht festbinden, Räte! Eine erzwungene Treue ist keine Eide, die schäme ich nicht, daran liegt mir nichts.“

„Wie stolz“, rief Helmut, „und wie richtig, Irene. Ja, du bist eine vernünftige Frau! Siehst du, Räte, Irene weiß ganz genau, daß, wenn ich einmal mit anderen Frauen Kirke und Ländele, ich es nur tue, um immer aufs neue zu erkennen, daß sie die Beste, Schönste ist, um dann stets zurückzufahren! Ist es nicht so, Schatz?“

Irene antwortete nicht. Räte aber sagte sornig: „Eine wunderbar bequeme Laßt und Logik, du Leichtfuß! Du verdienst wahrhaftig nicht eine so schöne Frau, die so viel Engelsgebuld zeigt.“

„Sein Gesicht verfinsterte sich plötzlich. „Ja, ist es denn auch Geduld? Manchmal frage ich mich, ob es nicht Gleichgültigkeit ist, völlige Barmhertigkeit! Und manch-

Württembergische Politik.

Die Parteien und die politische Lage.

Stuttgart, 16. Juni. Die Parteien und die neuen Landtagsfraktionen hatten in diesen Tagen Besprechungen über die politische Lage ab. Die D. d. V. war am Sonntag versammelt. Die Zentrumspartei hält heute ihre Landesausschussung, die Bürgerpartei kommt am Freitag, die Volkspartei am Samstag, und die Sozialdemokraten am Sonntag zusammen. Nächsten Dienstag tritt dann beinahe ausschließlich der neue Landtag zusammen.

Die Amtsdauer des alten Landtags.

Stuttgart, 15. Juni. Die Amtsdauer des bisherigen Landtags endigt, lt. Staatsanzeiger, erst mit dem Zusammentritt des neuen Landtags. Von diesem Zeitpunkt haben die Mitglieder des bisherigen Landtags nach dem bestehenden Gesetz noch für 2 Wochen freie Fahrt auf den württ. Eisenbahnen anzusprechen.

Minister hierber nicht in den Reichstag gewählt.

Stuttgart, 16. Juni. Von der Reichstagsliste der Deutschen demokratischen Partei sind, wie nunmehr feststeht, fünf nicht neu, sondern nur 8 Demokraten gewählt. Kultusminister Dr. Hieber, der an 9. Stelle stand, hat also kein Mandat erhalten. Insgesamt besitz die D. d. V. nunmehr 45 Sitze im Reichstag.

Aus Stadt und Bezirk.

Magd., den 17. Juni 1920.

Vom Rathaus. In der gestrigen Gemeinderatssitzung wurden die Beschlüsse für Fortbildungsschulunterricht, für Fachunterricht, Hilfsunterricht und Ueberstunden nach Maßgabe des Gesetzes des Min. des Kirchen- und Schulwesens vom 8. Mai 1920 (Amtsbl. S. 67) neu geregelt und Stundenselbstleistungen von 4-6 A festgesetzt. Die Nachschulungen für das Schuljahr 1. Mai 1919/20 betragen für Volks-, Real- und Lateinschule sowie Gewerbeschule rd. 2400 A. — Beschlüssen wird, dem Württ. Städteverband im Verband des Städtebundes des Schwarzwalddistriktes als Mitglied beizutreten, um so auf Geseßgebung und Verwaltung entsprechenden Einfluß ausüben zu können. — Nachdem die Hundsteuergabe ab 1. April 1920 gesetzlich auf 20 A festgesetzt ist, wird mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Hundsteuergabe für Magd. ab 1. 4. 1920 auf 32 A und für jeden weiteren Hund auf 48 A zu erhöhen, ausgenommen Schäferhunde, für die nur die gesetzliche Mindestrate zu entrichten ist. Steuerpflichtige, die ihren Hund ohne späteren Erlag nachweislich vor 1. Juli 1920 verkaufen oder beseitigen, sind von der Erhöhung ausgenommen. — Die Verwaltung und Ueberwachung der vom 1. Juni 1920 ab gesetzlich zu erhebenden Veranlagungssteuer (s. deut. Infestat) wird dem Stadtschultheißenamt unter Mithilfe der Polizeibehörde übertragen. Von Gemeindezuschüssen zu der Steuer, die hälftig der Stadt und dem Staat zukommt, soll vorerst abgesehen, und die Wirkungen des neuen Gesetzes abgewartet werden. — Der Vorsitzende trägt die Vor schläge der Baukommission über den Einbau von Wohnungen im Röhlle vor. Da der Erwerb des Gebäudes nur zur Abhilfe der derzeitigen Wohnungsnot geschah und demgemäß bei veränderten Verhältnissen sich völlige Freiheit über die Zweckbestimmung vorbehalten werden soll, geht die Baukommission davon aus, nur das Notwendigste zur Erlangung von Wohnungen im Hause zu verändern. Danach soll an den Zimmern im 1. und 2. Stock nichts geändert und diese beiden Stockwerke für etwas größere Wohnungen vorgesehen werden, im Parterre sollen 3 Wohnungen mit 2 und 4 Zimmern und im Dachstock 2-3 Wohnungen mit je 3 Zimmern eingebaut werden. Die Gesamtzahl der Wohnungen beträgt 9-10. Der Gemeinderat ist mit dieser einfachen und praktischen Lösung einverstanden. — Beiprochen werden noch die neuen Milch- und Butterpreise, die so unermittelt um über 60 Prozent von der Regierung erhöht wurden. Bei dem Preis vom 1.40 Mark für das Liter schreiß die Stadt alljährlich noch 8-10 000 Mark zu. Vielen Leuten, insbesondere Alten, Gebrechlichen und Kranken ist es unmöglich diesen Preisen zu folgen, aber

auch für den Arbeiter, Angestellten, Beamten und Handwerker vollends mit kleinen Kindern, sei es schwer, gerade in der Zeit einer schweren Wirtschaftskrise die Kosten aufzubringen. Wohin die ganze Preisentwertung führen soll, ist nachgerade rätselhaft. Tiefbedauerlich ist das Schicksal so vieler alten und gebrechlichen Leute, die ihr Einkommen nicht mehr steigern können und bisher noch von der Milch als ihr Hauptnahrungsmittel einigermaßen leben konnten. Dieser Lage stehe auch die Stadtverwaltung bis zu einem gewissen Grad machtlos gegenüber, die außerstande ist, diese Preissteigerungen durch Bewährung von Teuerungsbefehlen an die in Betracht kommenden Kreise auszugleichen, unsofortiger, als Reich und Staat die bisher gewährten Beihilfen der Kriegswirtschaftspflege seit einigen Monaten eingestellt hat. Der Gemeinderat ist aber trotzdem einmütig der Ansicht, gegenüber arbeitssuchenden und minderbemittelten Leuten soviel als möglich mit Mitteln nachzuhelfen, das Verzeichnis über die Empfänger der Teuerungsbefehle erneut zu prüfen und die Beiträge in Verbindung mit der Verteilung der Amerikanerspende möglichst zu erhöhen. Wann aber soll der Abbau kommen? — Ca. 300 Fm. Bauholz IV.—VI. Klasse werden dem Rudolf Graf, Schwert zu dem Preis seines Angebots von 300 % angekauft. Der noch Bedarf an Stockholz hat, wolle dies alsbald bei der Forstverwaltung melden. Im übrigen soll zunächst Stockholz nur noch in den Schlägen aufbereitet werden, in welchen Kulturarbeiten dringend vorzunehmen werden müssen. — Abschließend fand die Besichtigung des Gerichts- und Drehschneckenwagens statt.

Reichstagswahl. Wir weisen auf die amtliche Bekanntmachung des Kreiswahlleiters des 34. Wahlkreises Württemberg über das Ergebnis der Wahl zum Deutschen Reichstag in Nr. 138 des Staatsanzeigers vom gestrigen Mittwoch hin.

Feuersprechsahe. Die neuen Ausführungsbestimmungen zur Feuersprechsaheordnung werden erst in der vorliegenden Woche des Juni nach Zustimmung des Reichstags veröffentlicht werden können. Den Inhabern von Nebenanschlüssen und solchen außerhalb des 5 Km. Kreises, deren Gebühren durch die neuen Ausführungsbestimmungen erhöht werden, wird ein außerordentliches Kündigungsrecht bis 25. Juni zum 30. Juni eingeräumt.

Die neue Kleider. Die Bestimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch den Abzug vom Arbeitslohn liegen jetzt vollständig vor; sie enthalten viele wichtige Bestimmungen, die noch nicht bekannt sind. Die Beiträge zur reichsgesetzlichen Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung können bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens abgezogen werden, soweit sie zu Lasten des Arbeitnehmers verrichtet worden sind. Andere Abzüge sind nicht zulässig. Als Arbeitslohn gelten nicht Bezüge auf Grund der Militärpension- u. Versorgungs-gesetze. Versorgungsbezüge wegen Dienstbeschädigung durch den Krieg, Naturalbezüge der Reichswehr und Reichsmarine, Bezüge aus einer Krankenversicherung, Krankengelder, Ruhegelder usw. bis zu 1500 A. Beim Einkommen muß für jede Lohnzahlung eine neue Querspalte begonnen werden. Der Wert der eingeleiteten Marken wird in der Partei eingetragen. Eine bare Erstattung der zu viel geleisteten Beiträge findet erst nach der endgültigen Veranlagung statt. Das Landesfinanzamt kann auch auf Antrag zulassen, daß der Arbeitgeber die Steuer in bar oder durch Ueberweisung einbehält. Diese Befugnis kann den Finanzämtern übertragen werden. Der Arbeitgeber muß dem Arbeitnehmer auf Verlangen monatlich und bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Bescheinigung über den ausgezahlten Lohn und den einbehaltenen Betrag ausstellen.

Billige Zigarren. Die böhmischen Zigarrenfabriken sind nach der „Bad. Post“, am Ende ihrer Aufnahmefähigkeit in Rohstoffen angekommen. Ihre Vaper sind überfüllt. Es könnten Rauchwarenfabriken in Mengen hergestellt werden, wenn es nicht an Rohstoffen fehlte würde. Die Rohstoffe halten, wie in allen anderen Artikeln, mit dem Kauf zurück. Mannheimer Zigarrenhandlungen haben ihre Verkaufspreise schon bis zu 40 % ermäßigt, um den Absatz wieder zu heben.

mal wünsche ich, Irene, du möchtest anders sein, möchtest mit Szenen machen. Dann sählte ich doch, daß du lebst! Deine starke Ruhe ist zuweilen beängstigend.“

Räte wurde unruhig. „Kinder, bloß keine eheliche Szene!“

„Du hast ja angefangen, daß uns beide gereizt.“

„Räte hat recht. Szenen sind fürchtbar“, sagte Irene ruhig und hob die Tafel auf. „Kommt, geben wir in dein Zimmer, Helmut. Und dort erzählst du uns noch etwas von deinem neuen Bau und der Inneneinrichtung. Du weißt ja, das höre ich gern.“

Er war schon wieder heiter, willfahrte ihrem Wunsch, plauderte von seinen Plänen. Abgesehen erhalten wir morgen eine Einladung für Frau Borgwegs große Gesellschaft, die sie nächste Woche gibt, Irene.“

„Müssen wir hingehen, Helmut?“

„Aber selbstverständlich, Kind! Wieder menschen-scheu?“

„Ich wußte gar nicht, daß ihr mit den Damen ver-kehrtet.“

„Das ist auch die erste offizielle Einladung“, sagte der Architekt. „Wir haben neulich mal Besuch dort gemacht, das war ich meiner Auftraggeberin schuldig, der Besuch wurde erwidert und nun kommt die Einladung. Ein großer Sauber, jetzt zum Schluß der Saison eigentlich reichlich spät.“

Irene hatte keine Lust. „Kannst du nicht allein gehen, Helmut?“

„Siehst du“, sagte er ärgerlich zu seiner Schwester, „so ist nun meine Frau! Große Gesellschaft sagt ihr nicht zu, sie macht alle Feste nur gezwungen mit! Und wundert sich dann, wenn ich sie so oft allein lasse, wenn ich allein in den Säulern verkehre, die sich mir gütlich öffnen und die mir nützen können.“

„Ich wundere mich ja gar nicht“, sagte die junge Frau müde. „Daß diese Art der Geselligkeit nicht zu mir und meinem Bienen paßt, weißt du doch, Helmut. Aber wenn du es wünschst, gehe ich natürlich mit.“

Als Räte später gegangen und das Ehepaar allein war, hat Irene ihren Galten um Geld. „Übermorgen ist

der erste, ich muß den Mädchen ihren Lohn geben und es sind so viele Monatsrechnungen da, Kleider und Bäder und Kaufmann. Alles ist wieder so angehäuft, mir ist das gräßlich.“

Er rüß durch die Zähne. „Nah kann dir heute nichts geben, Kind, es tut mir leid. Ich habe vorgestern mal wieder gespielt im Klub und Besch gehabt, enorm verloren.“

„Daß du das Spielen auch nicht lassen kannst, Helmut!“

„Ne, das kann ich nicht lassen. Warum auch, wo es mir Vergnügen macht? Der Reich soll alles tun, was ihm Spaß macht, so lange er nicht mit den Geiern in Konflikt kommt, das ist mein Lebensprinzip, du weißt.“

„Ja, ich weiß es“, murmelte sie bitter.

Er lächelte. „Du sagst das so elegisch, Kleiner! Aber um wieder auf Geld zurückzukommen. Ich werde morgen leben, uns etwas zu verschaffen.“

„Das heißt — morgen?“

„Vielleicht — vielleicht nehme ich auch einen weiteren Vorstoß bei Grumburgers Bankier. Ich will es mir überlegen. Sorge dich nur nicht darum, Irene. Irgendwie wird es schon gehen. Und morgen nachmittag fahren wir zusammen zu Gerion und suchen eine tolle Toilett für die Gesellschaft für dich aus. Ich habe so meine eigenen Ideen, wenn wir das Nötige nicht finden, gehe ich schnell etwas ganz Besonderes und lasse es anfertigen.“

„Aber Helmut, jetzt, wo wir so knapp mit Mitteln sind, ist ein neues teures Kleid doch Unsinn! Ich habe meine wundervollen Toiletten von diesem Winter, einige davon sind noch wie neu.“

„Rein, nein“, rief er eigenfönnig, „sei nicht feindsich und wichtig, Irene! Ich will dich besonders schön und apart für diesen Abend!“

„Und wovon willst du diese neue teure Robe bezahlen?“

„Das laß nur meine Sorge sein und nicht die deine! Die Beute pumpen mir gern!“

(Fortsetzung folgt.)



